

Volks-Zeitung

Kopfflosigkeit in Warschau.

Die polnische Regierung verliert angeblich die Führung. — Das Spiel mit dem Krieg. Der Botschafterrat zur Lage. — Die Situation in Oberschlesien.

London, 9. Mai. Wie der Berichterstatter der „Times“ medelt, besagen die aus Warschau eingetroffenen Nachrichten, daß die polnische Regierung die Führung im Lande vollkommener verloren hat. In Warschau fand eine große Versammlung statt, in der verlangt wurde, daß die polnischen Truppen der Befehl gegeben werde, sich dem Aufstand in Oberschlesien anzuschließen. Es gäbe Verhältnisse in verantwortlicher Stellung, die bereit seien, die Zustimmung ohne Rücksicht auf die Folgen auszusprechen. Die polnische Regierung sei auch nicht in der Lage, die Schlichtung der Grenze gegen Oberschlesien durchzuführen.

Der Berichterstatter der „Times“ schreibt weiter: Die Schließung der polnischen Grenze sei eine reine Farce, da er selbst die militärischen und sonstigen Vorrate unter den Augen der französischen Patrouillen und der polnischen Polizei über die Grenze kommen sah. Korfanty erklärte auf die Bemerkung des Berichterstatters der „Times“, die polnische Regierung werde keinen Tag sich halten können, wenn die Alliierten verlangen, daß polnische Truppen zu verbleiben, bis selbst zu helfen. Der Berichterstatter sei davon überzeugt, daß der polnische Aufstand und die polnischen Streitkräfte vorläufig in Szene gesetzt seien und daß die Schnelligkeit der polnischen Eroberung möglicher Maßnahmen unter der Bezeichnung als keine sorgfältigen Vorbereitung zuzuschreiben sei.

Die Pariser Antwort auf die Oberschlesien-Note.

Die deutschen Angaben „tendenzlos“. — Bedauern, mehr nicht.

Die französische Regierung hat auf die deutsche Note bezüglich Oberschlesiens unter dem 7. Mai folgende Antwort erwidert:

Herr Geschäftsträger: Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 6. Mai zu bestätigen, durch welchen Sie die Güte hatten, von den ernsthaften Ansuchen mit Mitteilung zu machen, die in Oberschlesien entstanden sind, und anzugeben, ob die interalliierte Besatzungsarmee imstande seien, die Ordnung wiederherzustellen, und mit zur Kenntnis zu bringen, daß die deutsche Regierung bereit sei, jede verlangte Hilfe zu leisten. Ich beehre mich, Ihnen mitteilen, daß die interalliierte Besatzungsarmee aus deutscher Quelle in tendenziöser Weise, die im übrigen beherrschender Vorgänge, die sich in einem Teil des ober-schlesischen Abkommensgebietes zugezogen haben, entgegensteht. Der Grund der Ursache ist ohne Zweifel zu sehen in den aus deutscher Quelle veröffentlichten Nachrichten, die unzutreffenderweise behaupten, daß die Alliierten sich entschließen hätten, den größten Teil des Industrie- und Bergwerbsgebietes Deutschland zuzuerkennen. Diese falsche Behauptung hat den Auffand der Interalliierten entsetzt. Wie dem auch sei, die interalliierte Kommission, die mit der Vermittlung des Abkommensgebietes beauftragt ist, hat in einmütiger Übereinstimmung die energigsten Maßnahmen zu ihrer Wiederherstellung der Ordnung und zur Wiederherstellung der Sicherheit der Einwohner aller Nationalitäten, die im Abkommensgebiet leben, getroffen. Die alliierten Truppen haben voll ihre Pflicht getan, die jetzt einlaufenden Meldungen lassen eine wesentliche Besserung der Lage in den wichtigsten Zentren der Grenzreviere feststellen. Die interalliierte Kommission hat an Ort und Stelle die notwendigen Rekrutierungsmaßnahmen angedeutet, um die Lücken wieder auszufüllen, die in der Folge durch den Abzug polnischer Elemente entstanden sind. Sie hat dadurch der Bevölkerung die Verhütung verschafft, die sie wünscht. Von irgendeiner, der interalliierten Kommission für Oberschlesien von außerhalb zu leistenden Hilfe kann nicht die Rede sein.

Geschäftsträger, Herr Geschäftsträger, die Versicherung meiner herzlichsten Hochachtung.

Gegenüber den Behauptungen dieser Note ist vor allem festzustellen, daß kein deutsches Blatt an einem Mai oder vor dem ersten Mai eine Nachricht veröffentlicht hatte, die der Werbung über die Einweisung der interalliierten Kommission über Oberschlesien entpönderte hätte, wie sie am 1. Mai von der „Oberschlesischen Grenzzeitung“ gegeben worden war. Es läßt sich nicht leugnen, daß die italienischen Truppen weder ihre Pflicht erfüllt haben, das beweisen schon ihre schweren Verluste, von den französischen Truppen kann man das in keiner Weise behaupten, sie sympathisieren vielmehr mit den Aufständischen. Von einer Besserung der Lage kann bis heute noch keine Rede sein.

Wie der „Temp“ mitteilt, hat das militärische Komitee von Versailles die Vorherrschaft der englischen Regierung, in Oberschlesien die Aufrechterhaltung der Ordnung dadurch sicherzustellen, daß man das

strittige Industriegebiet durch interalliierte Truppen besetzen lasse, die übrigen Gebiete dagegen Polen resp. Deutschland schon jetzt übernehmen sollte, abgelehnt. Die militärischen Sachverständigen seien der Ansicht, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ergriffen werden sollten, da sich im übrigen auch die Lage in Oberschlesien zu bessern scheint.

Deutsche Mahnung zur Besonnenheit.

Nubregantien der J. A. Kattowig, 8. Mai.

- 1. Die Arbeit kann in vollem Umfange am Montag wieder aufgenommen werden;
2. die Straßenbahnen und Eisenbahnen werden Tag und Nacht wieder verkehren;
3. die irregulären Truppen sollen sich so schnell wie möglich zurückziehen, die Truppen der interalliierten Kommission werden binnen Woche den Schutz der ruhigen Bürger übernehmen;
4. Ruhe, Ordnung und Sicherheit können nur aufrecht erhalten werden, wenn die bürgerlich-polnischen Demonstrationen fernbleiben.

Polizisten: Die Strafen drei. Unterstützung der Behörden in der Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Interalliierte und deutsche Gewerkschaftsführer die am Sonntag nach Döpen zur interalliierten Kommission geladen waren. Der Antrag ist genehmigt vom französischen Kontrollrat.

Die Kämpfe am Sonntag.

Die Beteiligung polnischer Soldaten erneut festgestellt. Kattowig, 9. Mai. (T. U.)

Am Sonntag nachmittag trafen hier etwa hundert Mann Polen ein, die am Vortage von Interalliierten aus den Grenzrevieren nach Górnica verschleppt worden waren. Sie wurden unter französischer Bewachung nach der alten Baracke gebracht. Die Beamten haben sich einmütig geweigert, weiter in Antonschewitz Dienst zu tun und sollen deshalb nach Döpen verlegt werden. Den kattowiger Arbeitern kann man jetzt nur noch mit einem polnischen Ausweis betreten. Am Sonntag nachmittag fanden dort mehrere Konzepte sowie Gespräche mit polnischen Soldaten statt. Die Lärmstöße wurden von den Soldaten in Uniform bestrahlt. Auf der Straße polnische Soldaten marschieren ebenfalls mehrere Male, in denen man fast unzählige junge bewaffnete Burden sah, die fortgesetzt „Ach liebe Polen“ und andere Worte erließen ließen. Französische Soldaten sorgten für Ordnung, die die Lärmstöße der Arbeiter der Stadt polnischen Soldaten in den Gassen der Stadt polnischen Soldaten durchziehen ließen. Die Arbeiter durchziehen die Straßen der Stadt und nehmen zahlreiche Hausdurchsuchungen vor.

Die Interalliierten verließen am Sonntag abend durch den Stadtteil Petersberg gegen Górnica vorzugehen; sie mußten jedoch den Stadtteil wieder räumen. Derrière Górnica schlugen die Polen in die Hauptstraßen ein.

Nachdem die Stadt Königsplatz am Sonntag in die Hände der Polen gefallen ist, haben die Franzosen sich auch hier zurückgezogen und vom Ring der Stadt, den sie bisher besetzt hatten, abgezogen.

Kandrin wird trotz schwerer Kämpfe auch weiterhin behauptet. Die Verluste der Interalliierten sollen dort gegen sechzig Tote betragen. Die Stadt Rostel wurde von den Polen überfallen. Man hört Schüsse und Mörserfeuer. Die Eisenbahnbrücke über die Oder zwischen Rostel und Handzin wird unter polnischem Feuer angegriffen. Auch Sebnitz wird von den Aufständischen hart angegriffen. In das Doppelwerk Krantenhaus wurden etwa 30 Bewundete eingeliefert. Die Schulpolizei wird dauernd verhaftet. Es ist erwiesen, daß aktives polnisches Militär an dem Aufstand der Polen beteiligt ist. So wurden in Weichau, im Kreuzberger Kreis, Bewundete eingeschleppt, die Angehörige des 6. und 13. polnischen Grenzregimentes sind.

Die polnischen Sozialisten heben mit.

Warschau, 8. Mai.

Gestern abend fand auf dem Theaterplatz eine von mehreren tausend Personen beteiligte Demonstration der polnischen sozialistischen Partei statt, in der die Sympathie für den Aufstand in Oberschlesien und der Wille, den letzten Wutstößen für Oberschlesien zu bestehen, kundgegeben wurde. Im Anschluß daran wurde ein langer durch die Stadt verlaufender Demonstrationszug durch den Schloss-Seeleber eine Studentenversammlung abgehalten, bei der Kundgebungen für Oberschlesien stattfanden und jeder mit Deutschland gemeint wurde. Unter der Überschrift „Polnische Ausrichtungen“ schreibt das „Stechermer Anzeiger“, die Sympathie des Sowjettums und anderer Staaten für Polen schwanden infolge des polnischen, gegen die schwachen Grenzreviere gerichteten Imperialismus, der sich in der „Lage des Abkommensgebietes“ zeigt. Die polnische Regierung wiederholt offenbar das übliche Verfahren in Oberschlesien, indem sie Korfanty, wie ehemals Zielgenoff, feste Hand läßt, ein Teil der polnischen Regierung, trotz des voranschreitenden Abnehmens der polnischen Bevölkerung, die Situation durch das Zugewinn der deutschen Parteien und Gewerkschaften an die internationale Kommission richtig charakterisiert. Die Ereignisse in Oberschlesien sind ein Glied in der polnischen Politik. Soll Europa noch einmal Frieden und Arbeitssuche finden, muß derartige Veränderungen werden.

Der Mut der Verantwortung.

Oberschlesien, Ultimatum und Regierungsbildung.

Dr. N. Dr. Simons dem amerikanischen Präsidenten Harding das Schiedsrichtertamt in der Wiederermittlungsfrage antrug, sagte er der deutschen Note den berühmten Schlußsatz an, daß sich Deutschland dem Schiedspruch bedingungslos unterwerfen und ihn ausführen würde. An sich war dieser Passus überflüssig; denn es versteht sich von selbst, daß man einen Schiedspruch, den man herausfordert, dann nicht ablehnen kann. Unpolitisch war es gleichwohl nicht, diese strikte Versicherung dem Appell folgen zu lassen. Gatte Harding das Schiedsrichtertamt übernommen und wäre er auf die Summen gekommen, deren Anerkennung von uns jetzt in den Londoner Ultimatum verlangt wird, so wäre die Wiederermittlungsfrage jetzt für uns erledigt. Freimütig hätte Deutschland eine Regelung anerkennen müssen, die man jetzt unter Anwendung scharfsten Zwanges von uns fordert.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die finanziellen Forderungen des Friedensvertrages einen unerhörten Versuch des Vorkertrages bedeuten, der auf Grund der letzten Friedensnote zwischen Deutschland und den freigeschlagenen Mächten der ersten abgelehnt worden war. Deutschland sollte danach lediglich die Schäden, die der Zivilbevölkerung der alliierten Länder durch seine Angriffe zu Lande, Wasser und in der Luft zugefügt worden sind, wieder gutmachen. Der Friedensvertrag hat die finanziellen Forderungen willkürlich erweitert, und gerade ausländische Gegner empfinden diesen Versuch einer sichtlich gegebenen Zusage als heimlich. Die englischen Kapitalisten, die in einem Artikel zusammengesetzt sind, haben erst kürzlich unter der Führung des tapferen Lorden die Forderung einer Revision des Friedensvertrages auf Grund der Lansing-Note und der Wilson-Punkte gefordert. Auch das deutsche Volk kann die Hoffnung auf eine Revision nicht aufgeben, die zudem in der Note von dem Ultimatum vom Juni 1919 zugelegt ist. In Weimar ist dann der weitestgehende Vertrag angenommen und von Herrmann Müller und Dr. Brill im Verlaufe unterzeichnet worden. Diese Unterzeichnung wurde damals genau so in ultimativer Form gefordert wie heute die Unterzeichnung unter die Stipulationen der Wiederermittlungskommission. Nur mit dem Unterschied, daß die letzten Forderungen die klare Folge der ersten Unterzeichnung sind. Deutschland hat 1919 versichert, daß es den Frieden nach seiner Leistungsfähigkeit erfüllen würde. Mehr könnte es auch jetzt nicht sagen.

Es ist überaus ungenüß, ob Deutschland jährlich zwei Goldmilliarden Mark und daneben 25 vom Hundert seiner Ausfuhr hergeben kann. Alle deutschen Sachverständigen verneinen es. John Mahnard Keynes schließt sich dieser Meinung an. Ist es darum richtig, keine Unterzeichnung für eine Forderung herzugeben, die man beim besten Willen glaubt, nicht leisten zu können? Die Günter will keine Bedingung aussetzung der Leistungsfähigkeit schließt sie damit nicht aus der Welt. Sie bleibt bestehen.

Eine Unterzeichnung unter das Londoner Ultimatum nur mit der Hoffnung auf eine Revision des Friedens und unter der Voraussetzung der deutschen Leistungsfähigkeit gegeben werden.

Über sie muß gegeben werden! Es bleibt Deutschland keine andere Wahl. Sie muß gegeben werden in dem entschlossenen Willen, alle die Forderungen zu erfüllen, bis die Bestimmung einer besseren Regelung geneigt ist. Und droht nicht nur der Verlust des Ruhrreviers. Die polnischen Ansuchen in Oberschlesien haben einen bedingungslosen Umfang angenommen. Ein auch nur vorübergehender Verlust der beiden Kohlengebiete im Osten und im Westen würde unter wirtschaftlicher Zerstörung zu einer furchtbaren Katastrophe führen.

Die Unterzeichnung muß aber nicht nur in dem festen Willen, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, gegeben werden. Es ist endlich auch an der Zeit, die Welt zu entgiften. Wir wissen, was in dieser Hinsicht von Herrn Briand verabsäumt worden ist, der der Elbade der aufgepeitschten chauvinistischen Leidenhaftigkeiten des bloc national ist. Aber auch auf unserer Seite liegen schwere Veräumnisse, die den Pariser Nationalismus immer aufs neue erhitzen haben. In dem Abkommen von Spa hat die bisherige Regierung die Verantwortung der Kriegsschuldigen und die Entmaffung der Einwohner wehren zugelassen. In beiden Punkten hätte alles getan werden müssen, was möglich war. Aber besonders in der Entmaffung der bayerischen Einwohner mehr hat man sich immer erneut von Herrn v. Kaabe an der Seite herumzuführen lassen. Und jetzt hören wir, daß ein Teil der fetterigen Regierungsparteien, besonders die Deutsche Volkspartei, sich gerade an diesen Forderungen des Ultimatum stößt. Es wird gewiß eine unehrerliche schwere Aufgabe sein, Bayern bis zum 31. Mai zu entgiften. Aber wenn bei ihm die Alleinvertwortung dafür liegt, ob am 1. Juni die Franzosen im Ruhrgebiet einmarschieren sollen, dann glauben wir doch, daß das bayerische Volk der Ruhr-Politik entgegen wird. Die beiden Forderungen über die Entmaffung und die Abfertigung der Kriegsschuldigen sind erfüllbar. Sie müssen erfüllt werden, und deutschen Entmaffung hat in keiner neueren Rede erzählt, daß der deutschen Entmaffung die polnische folgen müsse. Wir können die Gefahren des Ostens jetzt bannen, wenn wir endlich jener Ruhr-Politik entgegen, die für uns nur eine innere und äußere Gefahr darstellt. Damit aber wird gleichzeitig auch dem französischen Nationalismus das Wasser abgedrungen.

Die Gefahr im Osten ist unehrer. Der französische Nationalismus erhebt immer weitere Ansprüche. Die Welt weiß, was der nächste Tag bringen wird. Und in der Situation findet in dem deutschen Parlament keine Parallelen.